

THEORIE UND PRAXIS

Das Konzept des qualitativen Wachstums und die Schwierigkeiten seiner Umsetzung

Hans G. Nutzinger, Kassel

Anders als noch vor zehn Jahren ist heute die Thematik umweltschonenden Wirtschaftens in aller Munde. Verbände und politische Parteien beschäftigen sich seit einiger Zeit intensiv mit Konzepten qualitativen Wachstums. Diesem gesteigerten Interesse entspricht aber keine wesentlich geänderte Praxis. Umweltschutzpolitik wird immer noch vorrangig als nachsorgender Reparaturbetrieb mißverstanden. Was ist unter dem Konzept qualitativen Wachstums zu verstehen? Welche politischen und volkswirtschaftlichen Instrumente stehen für seine Umsetzung zur Verfügung?

Trotz einiger punktueller Verbesserungen schreitet die Umweltzerstörung nahezu ungebremst voran. Pointiert hat dies Hubert Weinzierl, der Vorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), in seinem Tagebuch über das Jahr 1984 mit dem Titel „Passiert ist gar nichts“ zum Ausdruck gebracht. Er beschreibt darin seine Erfahrungen aus einem Jahr Umweltaktivitäten: Gespräche mit Ministern, Wissenschaftlern, Wirtschaftsfachleuten, Gewerkschaftern, Parteienvertretern und vielen anderen. Über das grundsätzliche Ziel „Mehr Umweltqualität“ sind sich alle einig; alle wollen mehr qualitatives Wachstum – aber selbstverständlich nur, soweit andere Interessen nicht wesentlich beeinträchtigt werden.

Tatsächlich ändert sich wenig, und es wird in den Medien schon als Erfolg gefeiert, wenn etwa das Waldsterben wenigstens *in verlangsamtem Tempo* voranschreitet.

Was sich offenbart, ist ein Widerspruch zwischen dem generellen Interesse, vielen Plänen und Programmen, ja selbst gesetzgeberischen Initiativen und dem, was wir in der Realität beobachten können. Auch wenn man es für übertrieben hält zu sagen, daß nichts passiert sei, so ist doch offenkundig, daß gemessen an der fortschreitenden Zerstörung unserer Lebensbedingungen *zu wenig* geschieht. Und all das in einer Zeit, in der es kaum eine Festtagsrede, kaum eine Jahreshauptversammlung, kein Parteiprogramm und nur wenige aktuelle Publikationen gibt, in denen nicht das Thema Umweltschutz als dringende Notwendigkeit erwähnt und gefordert

Prof. Dr. rer. pol. habil. *Hans G. Nutzinger*, Studium der Volkswirtschaftslehre in Heidelberg, seit 1968 wissenschaftliche Tätigkeiten an den Universitäten Heidelberg, Dortmund und Bielefeld und seit 1978 als Professor für Theorie öffentlicher und privater Unternehmen an der Gesamthochschule Kassel. Zahlreiche Publikationen zur Theorie der Unternehmung, zur Ökonomik der Partizipation und der Mitbestimmung, zur Marx'schen Politischen Ökonomie sowie zu umweltökonomischen Fragen. Der vorliegende Beitrag geht auf einen überarbeiteten Vortrag zurück, den der Verfasser im Rahmen der Ringvorlesung „Ökonomie und Ökologie“ an der Universität Heidelberg 1986 gehalten hat.

würde. Bevor ich die Umriss eines Konzepts qualitativen Wachstums näher skizziere, möchte ich mich zunächst diesem Paradoxon zuwenden: daß nämlich einem großen Interesse, ja einem weithin gewandeltem Bewußtsein, keine entsprechenden realen Veränderungen folgen.

Es ist heute schon eine Binsenweisheit zu sagen, daß Ökologie – die Wissenschaft von den natürlichen Lebensbedingungen – und Ökonomie – die Wissenschaft vom Wirtschaften – letztendlich keine Gegensätze sind. Der sparsame Umgang mit den natürlichen Ressourcen, mit unserer Umwelt in ihren verschiedenen Aspekten, sei schließlich, so sagt man ganz richtig, im Grunde gar nichts anderes als die Verwirklichung des ureigenen ökonomischen Prinzips, das den wirtschaftlichen, sparsamen Einsatz knapper Mittel für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse fordert. Tatsächlich ist das ökonomische Prinzip *letztlich* auch ein ökologisches; natürlich erfordert es auch den sparsamen Umgang mit unserer Umwelt. Man braucht kein Fachmann zu sein, um zu verstehen, daß eine Volkswirtschaft auf die Dauer nicht dadurch reicher werden kann, daß sie sich durch die Art und Weise, wie sie produziert und wie sie konsumiert, langfristig ihre eigenen Lebensbedingungen untergräbt. Da drängt sich natürlich die Frage auf: Wer ist denn so dumm, sich den Ast abzusägen, auf dem er sitzt? Denken wir an die Schreckensmeldungen über das Waldsterben, das Umkippen von Gewässern, das Aussterben zahlreicher Tier- und Pflanzenarten, denken wir an Smog-Alarme, Pseudo-Krupp und Kernkraftwerksunfälle, so kommen wir zu dem deprimierenden Ergebnis, daß wir es offenbar selbst sind, die diese Dummheit begehen, vielleicht ohne es recht zu wissen und ohne es zu wollen. Aber auch hier zählen nicht die Absichten, sondern die Taten.

Die beiden wichtigsten Gründe dafür, warum wir bisher der Erhaltung unserer natürlichen Umwelt in der Praxis weit weniger Gewicht beigemessen haben, als ihr offensichtlich zukommt, sind in *Gründen des Denkens* und in *Gründen des faktischen Interesses* zu sehen. Die Gründe im Denken verhindern wichtige Einsichten; diese haben im Laufe der Zeit an Bedeutung verloren, obwohl sie noch immer eine wesentliche Rolle spielen. Schwieriger ist es mit der *Umsetzung* richtiger Einsichten gegen widerstrebende Interessen in *praktische Handlungen*, also den Gründen aus faktischen Interessen. Dort ist ein rascher Wandel nicht in Sicht.

Grenzen des Denkens

Die Widerstände im Denken, die wichtige Einsichten zum Schutze unserer Umwelt verhindern, liegen letztlich in der Tradition abendländischen Denkens begründet. Schon der biblische Schöpfungsauftrag „Machet Euch die Erde uniertan“ ist immer wieder als Freibrief zur rücksichtslosen Ausbeutung der natürlichen Umwelt des Menschens durch den Menschen mißverstanden worden. Diesem fehlerhaften Handeln geht regelmäßig ein falsches Denken voraus, das letztlich darauf beruht, daß sich der Mensch, der ja selbst Teil der Natur ist, zunächst in seinem Denken und dann in seinem Handeln über die Natur zu erheben trachtet. Er erlebt sich nicht als Teil der Natur, sondern als etwas von ihr Getrenntes, etwas Besonderes – als eine Kraft, die Natur zum Objekt menschlicher Ausbeutung macht. Diese falsche Grundeinstellung wird besonders offenkundig, wenn wir in dieser Hinsicht die Wirtschaftswissenschaften betrachten. Hier zeigt sich, daß die verschiedenen Richtungen ökonomischen Denkens –

Neoklassik, (Post-)Keynesianismus und Marxismus – bei aller Verschiedenheit in anderen Fragen, etwa hinsichtlich der Steuerung einzel- und gesamtwirtschaftlicher Prozesse, sich doch sehr ähnlich sind, wenn es um die Betrachtung der natürlichen Lebensgrundlagen geht. Zwar findet man bei allen Ökonomen von Smith über Marx bis Keynes kursorische Verweise auf die Notwendigkeit, die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen zu sichern. Letztlich teilen aber alle Hauptrichtungen ökonomischen Denkens dieselbe Grundvorstellung von der Umwelt. Grob vereinfacht erscheint die Erde als Lieferant ständig erneuerbarer Ressourcen, insbesondere für die Energiegewinnung, wie auch als stofflicher Träger der Umweltmedien – Boden, Luft und Wasser – im Grunde beliebig ausbeutbar.

Die physikalische Begrenztheit der Erde und die dadurch gegebenen Grenzen der Belastbarkeit wurden lange Zeit gerade in der ökonomischen Wissenschaft kaum gesehen. Und selbst heute, wo man diese Grenze schon deswegen zu erkennen beginnt, weil praktische Probleme dazu zwingen, sucht man noch immer, die Probleme allein mit Hilfe traditioneller ökonomischer Steuerungsmechanismen zu lösen, d. h. durch Verknappung über den Preis oder gesellschaftlich geplante Zuteilung. Natürlich sind solche Zuteilungsverfahren wichtig, aber sie erfassen nicht systematisch, was den Kern des Problems ausmacht: daß nämlich die Erzeugung von Reichtum durch Produktion von Gütern und Dienstleistungen immer zugleich auch einen elementaren Reichtumsverlust bedeutet. Natürliche Ressourcen werden in Güter transformiert, die letztlich irgendwo als und im Abfall landen. Im Denken und Handeln muß also das ökonomische Prinzip, der sparsame Umgang mit knappen Mitteln, systematisch und nicht nur punk-

tuell auf die Umwelt übertragen werden. Indem wir uns selbst als Teil dieser Umwelt erkennen und aufhören, uns über sie zu erheben, ist die Umwelt nicht mehr ein von uns abgetrenntes Äußeres; sie wird, in den Worten des Naturphilosophen Meyer-Abich, von der Umwelt zur Mitwelt.

Grenzen des Handelns

Die zweite und wichtigere Gruppe von Gründen hat mit widerstrebenden Interessen zu tun. Die beginnende Einsicht, daß unsere Art des Wirtschaftens die Lebensbedingungen unserer Nachkommen, aber auch schon unserer eigenen Generation, bedroht und daß wir auf die Dauer nicht dadurch reicher werden können, daß wir die Bedingungen unserer Existenz untergraben, hat sich bisher viel zu wenig in praktisches Handeln umgesetzt. Von der abstrakten Erkenntnis, daß langfristig Ökonomie und Ökologie in eins gehen müssen, bis zur praktischen Umsetzung dieser Einsicht in konkrete Handlungen ist es ein weiter Weg. Dies hängt vor allem damit zusammen, daß die erforderliche Umstrukturierung der Wirtschaft in Richtung auf weniger umwelt- und energiebelastende Produktionsformen, die das Kernstück eines Konzepts qualitativen Wachstums darstellen, nicht ohne Opfer und Verzichte möglich ist. Will man zum Beispiel umweltbelastende Produktion schrumpfen lassen, dann treten diese Schrumpfungsprozesse natürlich geballt in bestimmten Regionen auf – etwa den alten Industriestandorten –, und es trifft bestimmte Gruppen besonders, nämlich die Arbeitnehmer und Kapitaleigner der entsprechenden Betriebe. Für diese Gruppen und für diese Regionen ist das langfristige Ziel umweltgerechten Wirtschaftens gegenüber den unmittelbar erfahrbaren Einbußen in der Regel nur

zweitrangig. Die betroffenen Arbeitnehmer und Gewerkschaften, das zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre, setzen sich dann gegen den Abbau von umweltbelastenden Arbeitsplätzen zur Wehr. Manager und Kapitaleigner sehen ihre Absatz- und Gewinnchancen bedroht und werden deshalb Widerstand leisten; Politiker der betroffenen Städte und Gemeinden sprechen sich oftmals für den Fortbestand umweltschädigender Produktion aus, weil sie Einnahmeverluste für die öffentliche Hand, steigende Sozialaufwendungen und insbesondere eine verringerte Bedeutung ihrer Region gegenüber weniger betroffenen Standorten befürchten.

Daß durch den Aufbau weniger umweltschädlicher Produktionszweige neue Beschäftigungsmöglichkeiten in umweltfreundlichen und energiesparenden Sektoren entstehen, wird von den betroffenen Gruppen bei ihrem Widerstand gegen den Abbau umweltbelastender Produktion in aller Regel kaum in Rechnung gestellt. Aber dieses Verhaltensmuster „Umweltschutz im Prinzip ja, aber bitte nicht hier und nicht heute, sondern anderswo und in Zukunft“ verhindert letztendlich, daß sich richtige Erkenntnisse in praktisches Handeln umsetzen. Das Hauptproblem besteht darin, daß die alternativen Produktions- und Beschäftigungsmöglichkeiten meist zu einem späteren Zeitpunkt und nicht notwendig an den bisherigen Standorten entstehen und daß die dort geforderten Qualifikationen in der Regel nicht mit denjenigen übereinstimmen, welche die durch die Schrumpfung umweltschädlicher Bereiche arbeitslos gewordenen Arbeitnehmer besitzen.

Viele der politisch umstrittenen Entscheidungen der letzten Jahre, von Buschhaus über Boxberg bis hin zum Main-Donau-Kanal, von Ibbenbüren bis Wackersdorf, die offenkundig eher gegen als für

die Umwelt ausgefallen sind, lassen sich nur vor diesem Hintergrund kurzfristiger, gut artikulierter (und legitimer) Interessen unmittelbar Betroffener verstehen. Was Johannes Rau vor einigen Monaten bei der Einweihung des stickstoffbelastenden Kraftwerks in Ibbenbüren gesagt hat, drückt vielleicht unbewußt den Kern des Problems aus. Er meinte, dieser Kraftwerksbau sei Ausdruck des sozialdemokratischen Bemühens, Umwelt und Arbeitskräfte miteinander in Einklang zu bringen. Was damit im Klartext gesagt ist, heißt doch nichts anderes, als daß im Konflikt zwischen konkreten Interessen und Erhaltung der Umwelt, wenn es hart auf hart kommt, doch die Umwelt den Kürzeren zieht. Diese Denkweise ist natürlich keineswegs auf die Sozialdemokratische Partei beschränkt, sondern findet sich, oft noch weitaus prononcierter, auch bei den Vertretern anderer Parteien.

In einer demokratischen Gesellschaft können sich natürlich auch Interessen zugunsten der Umwelt ausdrücken, und das tun sie ja auch, etwa durch Organisation in Natur- und Umweltschutzvereinigungen. Nur sind die Vertreter solcher Umweltinteressen in aller Regel im Nachteil gegenüber anderen Interessenvertretern, weil sie außer Appellen für die Natur und Hinweisen auf die Notwendigkeit langfristiger Umstrukturierung wenig anzubieten haben – keine Arbeitsplätze, keine Absatzchancen, keine Gewinne, keine Steuereinnahmen, keine regionale Wirtschaftsförderung. Der negative Kreislauf von progressiver Programmatik und restaurativer Praxis in der Umweltpolitik kann nur durchbrochen werden, wenn es durch politisches Handeln gelingt, den Betroffenen konkrete (und nicht nur theoretische) Alternativen in umweltfreundlichen Bereichen anzubieten. Angesichts des bedrohlichen Ausmaßes eingetretener Umweltschäden

bleibt für diesen Wandel nicht mehr allzuviel Zeit.

Der Wirtschaftsprozeß in ökologischer Sicht

Die Problematik traditioneller Wirtschaftstätigkeit und Wirtschaftspolitik wird noch deutlicher, wenn man den Wirtschaftsprozeß aus ökologischer Perspektive betrachtet. Die Widerstände im Denken und Handeln nehmen eine besonders gefährliche Form an, wenn eine forcierte Fortsetzung der bisherigen Politik quantitativen – also umweltzerstörenden – Wachstums als die einzige Möglichkeit betrachtet wird, die gegenwärtige Beschäftigungs- und Umweltkrise gleichzeitig zu lösen. Die Verfechter dieser Anschauung weisen darauf hin, daß in der Phase des Wirtschaftsaufschwungs nach dem Zweiten Weltkrieg durch eine gezielte Wachstumspolitik tatsächlich Vollbeschäftigung erreicht worden ist – und dies trotz doppelt so hoher Produktivitätssteigerungsraten wie heute. Trotz eines bedeutenden Strukturwandels in der Landwirtschaft in den fünfziger Jahren, die damals auf weniger als die Hälfte schrumpfte, trotz des Zustroms von Flüchtlingen und Vertriebenen und trotz der ersten Gastarbeiterwelle gelang es damals, die Arbeitslosigkeit zwischen 1950 und 1960 von 11 auf 1% zu senken. Warum, so fragen liberale Wirtschaftspolitiker, sollte eine derartige Politik nicht auch heute unter wesentlich günstigeren Bedingungen möglich sein und zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung führen? Nach dieser Logik ließe sich gleichzeitig auch die Umweltkrise beheben: Durch hohe Wachstumsraten und entsprechende Zunahme von Gewinnen, Löhnen und Steuereinnahmen wäre es möglich, die für den Umweltschutz erforderlichen Mittel abzuzweigen, ohne daß es

zu heftigen Verteilungskonflikten oder einem Abbau des Sozialleistungssystems kommen müßte. Die traditionelle These lautet also: Um die Umwelt zu retten, brauchen wir mehr, nicht weniger Wachstum, weil nur mehr Wachstum die Mittel liefert, um die Umwelt nachträglich zu sanieren.

Betrachten wir jedoch heute das Wirtschaftswunder nach dem Zweiten Weltkrieg in ökologischer Perspektive, so erscheint es weitaus problematischer und keinesfalls als Modellfall für heutige Wirtschaftspolitik. Die damalige Lösung des Beschäftigungsproblems bestand ja gerade in der Umsetzung und Eingliederung von Arbeitslosen in neue Beschäftigungsbereiche: Mehr und neue Güter wurden, begünstigt durch einen erheblichen Nachholbedarf nach dem Kriege, hergestellt. Ökologisch betrachtet hieß das: Natürliche und häufig nicht erneuerbare Ressourcen wurden in energieintensive und umweltbelastende Sachgüter und Dienstleistungen umgewandelt. Gleichzeitig wurde die Umwelt auch in ihrer Funktion als Lagerstätte für giftige und ungiftige Abfälle immer mehr beansprucht. Das Beschäftigungsproblem wurde sozusagen auf dem Rücken der Natur einer – wie wir heute sehen – nur vorläufigen Lösung zugeführt.

Bildlich könnte man sagen: Man hat in dieser Zeit die Rechnung ohne den Wirt – die Natur – gemacht, und die ausgebeutete Natur präsentiert uns heute die Rechnung in Form immens gesteigener und finanziell kaum mehr bewältigbarer Umweltschäden, deren sichtbarster Ausdruck das rasch fortschreitende Waldsterben ist. Schon diese „Altlasten“ sind kaum zu bewältigen. Eine Politik forcierten Wachstums mit überproportionaler Zunahme des Energieverbrauchs, weiteren Umweltbelastungen und auch überproportionalem Wachstum der Kosten einer immer nur be-

grenzt möglichen nachträglichen Schadensbeseitigung wäre langfristig überhaupt nicht finanzierbar, auch nicht aus einem noch so rasch wachsenden Sozialprodukt. Halten wir an der bisherigen Form des Wirtschaftens fest, so steigen die Kosten und Schäden weitaus schneller als die Möglichkeiten ihrer Beseitigung. Deswegen steht uns heute der Weg einer forcierten Wachstumspolitik nach dem Muster der fünfziger Jahre nicht mehr offen. Selbst wenn sie kurzfristig möglich wäre – was aus vielerlei Gründen wenig wahrscheinlich ist –, würde uns diese erneute Ausbeutung der Natur durch Produktion zusätzlicher und neuer Gütermengen nur in die nächste Umweltkrise führen, nicht zuletzt deswegen, weil durch die Produktion von Gütern nicht nur Umwelt und natürliche Ressourcen verbraucht werden, sondern auch weil die Produktion häufig mit erheblichen Schadstoffemissionen einhergeht und die Entsorgung der dabei entstehenden Abfallmassen zu bewältigen ist.

Grenzen nachsorgender Umweltpolitik

Diese ökologische Perspektive macht auch deutlich, daß die bisherige, vorwiegend nachsorgende Umweltpolitik zwar kurzfristig notwendig ist, aber keine langfristige Lösung des Problems darstellt. Ihr Grundfehler besteht darin, daß sie das Kind aus dem Brunnen holt, nachdem es hineingefallen ist. Ihr Hauptdefizit ist, daß die Distanz zwischen Umweltmaßnahme und Verursachung in aller Regel zu groß ist. Zum Konzept des qualitativen Wachstums gehört eine Verringerung dieser Distanz: das Prinzip muß sein, den Umweltschaden nach Möglichkeit erst gar nicht entstehen zu lassen, also: Vermeidung anstelle von Beseitigung.

Was sind nun die Grenzen einer nach-

sorgenden Umweltschutzpolitik? Ich sehe vor allem folgende Probleme:

Der erste Punkt, der auch auf die Grenzen einer rein ökonomischen Betrachtungsweise hindeutet, ist folgender: Nicht alle eingetretenen Schäden lassen sich nachträglich beheben; das gilt zum Beispiel hinsichtlich des Aussterbens zahlreicher Tier- und Pflanzenarten oder der Verkarstung ganzer Landstriche. Solche Prozesse sind irreversibel. Die Frage nachträglicher Beseitigung stellt sich in diesem Zusammenhang nicht; hier ist Schadensvermeidung die einzig mögliche Umweltschutzpolitik.

Zweitens: Mit zunehmender Ausbreitung und wachsendem Ausmaß von Umweltschäden wird ihre Behebung, selbst wenn sie technisch möglich ist, immer aufwendiger. Daher wird aus finanziellen Gründen auch häufig technisch mögliche Nachsorge nicht in ausreichendem Maße vorgenommen. Man begnügt sich mit der Behebung der größten Schäden und häuft damit, ohne es recht zu sehen, Lasten an, die uns noch gar nicht so richtig klar sind – Dioxin-Funde und ähnliche Schreckensmeldungen sind vielleicht nur Blitzlichter für weitere schaurige Entdeckungen in der Zukunft.

Drittens: Da mit zunehmendem Wachstum des Sozialprodukts bei gegebenem Stand der Technik die Umweltbelastungen wie auch die Aufwendungen für nachträgliche Schadensbeseitigungen weit rascher steigen als das Sozialprodukt, geht ein immer größerer Teil des Energieverbrauchs in die, immer nur begrenzt mögliche, nachträgliche Schadenskorrektur. Zuletzt stößt man auf eine Leerlaufgrenze, nämlich dann, wenn die letzte Einheit zusätzlicher Energieproduktion ganz in umweltpolitische Nachsorgemaßnahmen gesteckt werden müßte. Die nachsorgende Umweltpolitik würde sich selbst ad absurdum führen.

Deswegen kann eine Politik qualitativen Wachstums längerfristig nicht auf Nachsorgemaßnahmen bauen, die natürlich in der gegenwärtigen Situation als umweltpolitische „Krücken“ notwendig sind. Verschärft wird dieses Problem noch dadurch, daß die Gewinnung von Energie wie auch ihr Einsatz in der Produktion meist mit erheblicher Umweltbelastung verbunden ist. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf zahlreiche Energiequellen, mit denen man glaubt, die Begrenzung der natürlichen Ressourcen mildern zu können, wie etwa teerhaltige Schiefer und teerhaltige Sände, energieaufwendige Kohlehydrierungsverfahren und Kernenergie. Es ist also der Punkt absehbar, wo wir die letzte Einheit Energie nicht mehr in die Produktion von Gütern stecken, sondern in die immer nur begrenzt mögliche Beseitigung der dabei eingetretenen Schäden. Umweltorientierter technischer Fortschritt mag dieses Problem abmildern, kann es aber nicht aufheben.

Was ist qualitatives Wachstum?

In dieser geschilderten Situation fordert heute jedermann qualitatives Wachstum, von der CDU bis zu den Grünen, von der chemischen Industrie bis zu den Gewerkschaften. Soweit diese Floskel konkretisiert wird, werden meist Wachstums- und Beschäftigungsmaßnahmen im Bereich des nachsorgenden Umweltschutzes angestrebt. Gerade marktfähige Umweltschutzleistungen haben aber häufig die Tendenz, in relativ großer Distanz zur Quelle der Verursachung eingesetzt zu werden. Wir haben jedoch gesehen, daß weder eine forcierte Wachstumspolitik nach dem Muster der fünfziger Jahre noch die einfache Fortsetzung vorwiegend nachsorgender Umweltpolitik die langfristig erforderliche

ökologische Umorientierung bewirken kann. Gefordert ist vielmehr eine Politik des qualitativen Wachstums, die im wesentlichen durch drei Merkmale gekennzeichnet ist:

1. Neben das reale Sozialprodukt, das Umweltschäden und Ressourcenverbrauch nicht richtig erfaßt, treten zusätzliche Indikatoren, die den aus Produktion und Konsum resultierenden Nutzen und Schaden erkennen lassen. Die Wirtschaftspolitik orientiert sich also nicht mehr in erster Linie an hohen Zuwachsraten des realen Bruttosozialprodukts, die regelmäßig mit forciertem Umwelterstörung einhergehen, sondern sie orientiert sich an einem Wachstum der qualitativen Aspekte der Wirtschaftstätigkeit. Das Sozialprodukt, der Hauptindikator ökonomischer Leistungsfähigkeit in traditioneller Sichtweise, ist nämlich gerade im Umweltbereich ein sehr unzuverlässiger, ja fehlerhafter Maßstab. Dafür ein einfaches Beispiel: Wenn man etwa aus Ölschiefer Öl gewinnt, dann entzieht man zunächst einmal der Natur nur begrenzt vorhandene Ressourcen unwiederbringlich; zum anderen belastet man die Umwelt sowohl beim Prozeß der Umwandlung von Ölschiefer in Rohöl als auch bei dessen Raffinierung in die verschiedenen handelbaren Ölsorten enorm. Zudem ist dieser ganze Prozeß hochgradig energieintensiv. Dies alles sind Gesichtspunkte, die unter Umweltaspekten äußerst negativ zu werten sind; tatsächlich aber werden alle diese Aktivitäten vom Standpunkt der Sozialproduktrechnung entweder gar nicht oder sogar positiv bewertet. Entstehende Landschaftsschäden und Umweltbelastungen werden meist gar nicht erfaßt, der unwiederbringliche Verlust einer erschöpfbaren Ressource (Ölschiefer) geht noch positiv mit der bei der Förderung entstehenden Wertschöpfung in die Rechnung ein. Auch nachsorgende

Umwelt- und Gesundheitsmaßnahmen, die ja nur auf eine Schadensbegrenzung hinauslaufen, werden wiederum positiv registriert.

Wenn wir uns also nur am Sozialprodukt orientieren, machen wir uns gerade im Bereich Umwelt und Natur eine falsche Vorstellung: Es scheint so, als ob wir reicher würden, aber in Wahrheit werden wir ärmer. Gerade weil die einseitige Orientierung am Sozialprodukt zu einer Fehlwahrnehmung der Umwelt- und Ressourcenproblematik führt, muß diese durch andere umweltbezogene Maße ergänzt werden. Dafür gibt es eine Fülle von Vorschlägen, die allerdings erst teilweise in der Praxis angewendet worden sind. Hieraus leitet sich die Forderung an die Wirtschaftswissenschaften ab, bei der theoretischen Entwicklung und praktischen Anwendung solcher Meßkonzepte weiter voranzuschreiten.

2. Zu den qualitativen Aspekten der Wirtschaftstätigkeit gehören auch Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, die Anerkennung von Eigenarbeit als eines Einkommensbestandteils und die Anerkennung der im informellen Sektor meist unentgeltlich geleisteten Arbeiten, auch mittels finanzieller Unterstützung („Alimentierung“) dieser Aktivitäten durch den formellen Sektor. Unter formellem Sektor verstehen wir die Bereiche, die das Sozialprodukt registriert, also Land- und Forstwirtschaft, Industrie und Handwerk, Dienstleistungsgewerbe und Staat. Was hier nicht erfaßt wird, bezeichnen wir als informellen Sektor; dazu gehören die Haushalte, karitative Vereinigungen, Selbsthilfegruppen, gemeinnützige Vereinigungen und vieles andere mehr – und natürlich auch der Bereich krimineller Schwarzarbeit. Der informelle Sektor als Restgröße ist sehr heterogen. Zweifellos kann der formelle Sektor nur funktionie-

ren, wenn ihm der informelle Sektor bestimmte Produktionsvoraussetzungen liefert. So ist etwa nach verschiedenen Schätzungen die Zahl der Hausarbeitsstunden mindestens so groß wie der Gesamtumfang der im formellen Sektor geleisteten und bezahlten Arbeitsstunden. Man kann sich leicht vorstellen, was geschehen würde, wenn es nicht mehr die Reproduktionssphäre des Haushalts und der Familie geben würde.

Es gibt also einen weiten Bereich, der wertvolle Leistungen erbringt, aber nicht unter dem Gesichtspunkt der Einkommenserzielung, sondern dem der wechselseitigen Hilfe und Unterstützung. Aus diesem Grund verdient dieser Bereich auch eine finanzielle Förderung – eine „Alimentierung“ – durch den erwerbs- und staatswirtschaftlichen Sektor, indem diese Tätigkeiten mehr als bisher in einer Form unterstützt werden, die die informelle Organisationsstruktur nicht zerstört. Damit ist folgendes gemeint: Man muß zwar Selbsthilfegruppen, etwa durch Zuweisung von Räumen und anderen Ressourcen, Arbeitsmöglichkeiten zur Verfügung stellen; problematisch dagegen ist es, irgendeinem Mitglied dieser Gruppe eine bezahlte Arbeitsstelle, etwa im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, zu geben. Die Existenz eines bezahlten Gruppenmitglieds wird die Struktur der Gruppe verändern, kann sie hierarchisieren und dadurch zu ihrem Zerfall beitragen. Noch ein zweites Beispiel: Frauenhäuser und Jugendzentren brauchen natürlich auch Geld für ihre Arbeit, und man muß hierbei Formen finden, die den berechtigten Anspruch des Steuerzahlers auf zweckmäßige Verwendung der Mittel in Einklang bringen mit den Autonomiebedürfnissen solcher Einrichtungen. Sonst besteht die Gefahr, daß durch zu starke Außenkontrolle die innere Struktur solcher Einrichtungen zerstört wird. Die Förde-

zung des informellen Sektors als Bestandteil einer Politik qualitativen Wachstums muß also in einer Form erfolgen, die ihn fördert und nicht in seiner informellen Struktur zugrunde richtet.

3. Zentral für das Konzept qualitativen Wachstums ist die Forderung nach einer Entkoppelung von Energieverbrauch und Sozialproduktwachstum. Dahinter steckt die Erkenntnis, daß Energie in fast allen uns bekannten Formen nur begrenzt vorhanden ist und daß Energiegewinnung wie auch ihr Einsatz in der Produktion in aller Regel mit ganz erheblichen Umweltbelastungen einhergehen. Deswegen soll das traditionell gemessene Sozialprodukt nur noch insoweit steigen wie dies ohne zusätzlichen Verbrauch, besser noch bei gleichzeitiger Senkung des Primärenergieeinsatzes, möglich ist. Diese Forderung ist weniger illusorisch als es vielleicht scheinen mag: Allein die Verteuerung der Energie im Gefolge zweier Erdölkrisen hat dazu geführt, daß in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1983 ein doppelt so hohes Bruttosozialprodukt als im Jahre 1972 bei etwa gleich hohem Primärenergieeinsatz erstellt wurde. Die Energieintensität des Sozialprodukts hat sich also auf die Hälfte gesenkt. Diese Energieeinsparungen beruhen natürlich weniger auf abstrakten Einsichten, sondern vor allem darauf, daß der Preis für Energie durch bestimmte Kartellbildungen, etwa der OPEC, erheblich gestiegen war und diese Verteuerung zu entsprechenden Substitutionsprozessen geführt hat: Es gelang, Energie einzusparen, indem man sich zum einen auf weniger energieintensive Verfahren und Produkte konzentriert und zum anderen erfolgreich Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen für die Energieeinsparung eingesetzt hat.

Diese erfolgreiche Anpassungsleistung war allerdings nicht allein marktwirtschaft-

lichen Mechanismen zuzuschreiben, sondern primär Folge der Kartellpreisbildung, besonders im Rahmen der OPEC. Die dramatische Steigerung des Ölpreises erfolgte ja nicht aus Gründen des Umweltschutzes, sondern aufgrund finanzwirtschaftlicher Überlegungen der Ölproduzenten, die nur zufällig mit Umweltschutzinteressen einhergingen. Deswegen erleben wir jetzt auch wieder die Umkehrung dieser Prozesse: Der weitgehende Zusammenbruch der OPEC, begleitet von einem generellen Fall der Ölpreise, hat die Tendenz zur Energieeinsparung wieder umgekehrt: In den Jahren 1984 und 1985 ist der Energieverbrauch wieder um 4%, also wesentlich *mehr als* das Sozialprodukt, gewachsen. Dieses Beispiel zeigt: So richtig es ist, auf Verknappung über den Preis zu setzen, so sollten wir uns doch vor dem Glauben hüten, es werde immer im richtigen Augenblick ein Kartell entstehen, das die Preise so hoch setzt, daß wir unsere knappen natürlichen Ressourcen umweltgerecht nutzen.

Wenn man also den Energieverbrauch, etwa durch Verteuerung von Energie und andere Maßnahmen, begrenzt, so bedeutet dies, daß der Anteil der energie- und ressourcenintensiven Produkte am Sozialprodukt zugunsten solcher Güter und Dienstleistungen zurückgedrängt wird, die bei Produktion und Konsum weniger Energie und weniger natürliche Ressourcen verbrauchen und die Umwelt nur in geringem Maße belasten. Damit ändert sich auch die Produktionsstruktur der Volkswirtschaft, und damit sind wir beim eingangs diskutierten Problem: Diese Umstrukturierung hat Schrumpfungsprozesse in den energieintensiven und umweltschädlichen Bereichen zur Folge und wird den entsprechenden Widerstand der unmittelbar Betroffenen auslösen. Selbstverständlich gehört zu einem qualitativen Wachstum nicht nur

die Schrumpfung energieintensiver und umweltschädlicher Sektoren, sondern auch ein Wachstum derjenigen Bereiche, die umweltfreundlich und ressourcenschonend produzieren. Nur sind diese Bereiche häufig noch nicht konkret vorhanden, sondern erst für die Zukunft geplant. Sie entstehen nicht immer dort, wo die Schrumpfungprozesse stattgefunden haben, und erfordern zum Teil andere Qualifikationen, als die durch die Schrumpfungprozesse beschäftigungslos gewordenen Arbeitskräfte aufweisen. Und hierin ist, wie schon gesagt, der harte Interessenkonflikt angelegt, der die langfristige Einheit von Ökologie und Ökonomie an der Kurzsichtigkeit und Dominanz momentaner Interessen scheitern lassen kann.

Instrumente einer Politik qualitativen Wachstums

Die geforderte Umstrukturierung in Richtung auf ein qualitatives Wachstum erfordert zwei Arten von Instrumenten: *ökonomische Instrumente*, die auf eine Verteuerung energieintensiver und umweltbelastender Verfahren und Produkte hinwirken, und *politische Instrumente*, die den angemessenen Rahmen für eine ökologische Form des Wirtschaftens bilden. Die sechs wichtigsten Instrumente einer Politik qualitativen Wachstums sind nach unserer Studie „Arbeit ohne Umweltzerstörung“ folgende:

1. An erster Stelle steht der Vorschlag einer zweckgebundenen Energieabgabe zur Verteuerung und damit Verringerung des Energieverbrauchs. Das Aufkommen aus dieser Energieabgabe soll zur teilweisen Finanzierung der Sozialversicherung verwendet werden, um ohne Senkung der Netto-

einkommen der Beschäftigten die Lohnnebenkosten zu senken: Die Abgabensätze zur Sozialversicherung könnten herabgesetzt werden, wenn die Finanzierung teilweise – nach unserem quantitativen Vorschlag zu etwa einem Drittel – aus der Energieabgabe erfolgt. Das würde – ohne Nettoeinkommensverluste – menschliche Arbeitskraft billiger machen und damit einen Anreiz schaffen, weniger Energie und mehr Arbeitskräfte einzusetzen. Konkret haben wir vorgeschlagen, daß im Laufe von zehn Jahren die Energieabgabe jährlich um 3,5% angehoben wird, bis die Energieabgabe etwa 35% beträgt, was etwa einem Drittel der Rentenfinanzierung entspräche. An dieser quantitativen Berechnung mag man Kritik üben, wichtig ist aber das Prinzip: Die Energieabgabe soll so hoch gesetzt werden, daß der Energieverbrauch nicht mehr steigt. Ob die resultierenden Einnahmen die Rentenversicherung um weniger oder mehr als ein Drittel finanzieren helfen, ist zweitrangig; es geht uns ja in erster Linie um die Entkoppelung von Sozialproduktwachstum und Energieverbrauch. Der qualitative Effekt – Senkung der Lohnnebenkosten, Verteuerung der Energie – wird sich auf jeden Fall einstellen. Die quantitative Höhe läßt sich letztlich nur dadurch ermitteln, daß man in einem stufenweisen Verfahren diese Abgabe erhebt.

2. Da marktwirtschaftliche Umweltpolitik vor allem nachsorgender Art ist und die Entwicklung von vornherein integrierter, belastungsvermeidender Umweltschutztechnologien rein privatwirtschaftlich nicht in ausreichendem Maße geschieht, bedarf die vorsorgende Umweltpolitik der staatlichen Unterstützung, insbesondere im Bereich der Grundlagenforschung für integrierte, belastungsvermeidende Technologien. Denn marktwirtschaftlich setzt sich eher die Tendenz

durch, Filter zu verkaufen, die nachträglich in eine umweltschädliche Anlage eingebaut werden; Vermeidungstechnologien setzen die Entwicklung neuer Verfahren voraus, die mit hohem Forschungsaufwand und hohen Risiken verbunden sind; zudem besteht die Gefahr, daß einmal entwickelte Umweltschutztechnologien auch von denen genutzt werden können, die keine Entwicklungskosten getragen haben.

3. Eine Politik qualitativen Wachstums kann nicht auf hohe quantitative Wachstumsraten setzen, denn die gewollte Begrenzung des Energieverbrauchs beschränkt natürlich auch die Wachstumsraten nach oben. Deswegen sind ergänzende Maßnahmen der Arbeitszeitverkürzung in all ihren Formen durch die Tarifpartner anzustreben und ggf. durch den Staat zu unterstützen. Dabei zeigt sich im Bereich der Arbeitslosigkeit eine interessante Parallelität zur Umweltproblematik: Genausowenig wie eine Gesellschaft langfristig dadurch reicher werden kann, daß sie ihre Lebensgrundlagen zerstört, kann sie sich dadurch besser stellen, daß sie es vielen Menschen verwehrt, an der Erstellung eines Sozialprodukts mitzuwirken, aus dem diese ja schließlich doch über das Sozialleistungssystem versorgt werden müssen. Wir leisten uns hier zwei ganz analoge Formen von Luxus: einmal die Zerstörung unserer Umwelt und zum anderen das Fernhalten Arbeitswilliger vom Produktionsprozeß. Massenarbeitslosigkeit ist also nicht nur unmenschlich, sondern letztlich auch unwirtschaftlich, genauso wie die Umweltzerstörung; die Parallelität ist natürlich nicht zufällig.

4. So notwendig die Beseitigung von angehäuftten Altlasten aus allgemeinen Steuermitteln ist, so sollte doch in Zukunft mehr als bisher das Verursacherprinzip an die Stelle des Gemeinlastprinzips treten. Mit letzterem ist ja gemeint, daß Umwelt-

schäden aus allgemeinen Steuermitteln, also zu Lasten des Steuerzahlers saniert werden. Das mag politisch die bequemste Methode sein, sie ist keineswegs die umweltwirksamste, denn sie schafft keine Anreize zur Schadensvermeidung. Deswegen sind zwar nicht am Prinzip, aber doch am Umfang des von der SPD vorgeschlagenen Sondervermögens „Arbeit und Umwelt“ Bedenken anzumelden: Bei einem Programm mit einem jährlichen Umfang von 18 Milliarden DM ist es sehr wahrscheinlich, daß dieser große Topf die Begehrlichkeit der Verursacher weckt und daß in der Praxis dann häufig das harte und wirksame Verursacherprinzip durch das bequemere, aber weniger wirksame Gemeinlastprinzip verdrängt wird.

Hinsichtlich der Belastung des Schadensverursachers – ob durch Abgaben, flexible Kompensationsleistungen, Umweltnutzungsrechte oder Haftungsregeln – erscheint mir folgendes wichtig: Der bisher vorherrschende ideologische Streit um die Wahl *des* optimalen Instruments sollte ersetzt werden durch den Einsatz der für die konkrete Problematik jeweils am besten geeigneten Instrumente. Die im Fall des Abwassers schon praktizierte Möglichkeit der Abwasserabgabe kann man verallgemeinern und Schadstoffabgaben erheben, die dem Verursacher einen Anreiz bieten, die Schadstoffbelastung zu senken, um die Abgabenbelastung zu verringern. Man kann auch versuchen, nach japanischem Vorbild die Haftungsregeln so zu ändern, daß nicht mehr die Geschädigten die Schädigungen, sondern mögliche Verursacher die Nichtschädigung nachweisen müssen. Eine solche Beweislastumkehr schafft natürlich für die Unternehmen einen Anreiz, Umweltschutzmaßnahmen durchzuführen, um einer Verurteilung zu Schadensersatz zu entgehen. Zusätzliche Anreize können durch ein nach Gefahrenklassen gestuftes

Prämiensystem bei Haftpflichtversicherungen geschaffen werden. Auch die Möglichkeit, durch freiwillige Vereinbarungen zwischen verschiedenen Verursachern die Belastung dort zu senken, wo dies am billigsten ist – dies ist das gemeinsame Kennzeichen von flexiblen Kompensationslösungen und Umweltnutzungsrechten –, sollte insbesondere in Ballungsgebieten genutzt werden. Was hier gefragt ist, ist nicht der Streit der Ideologen, sondern die pragmatische Abwägung im konkreten Falle.

5. Vorsorge statt Nachsorge ist nicht nur für die Umwelt, sondern auch für die Sozialpolitik wichtig: Vorsorge- und Selbsthilfemaßnahmen Betroffener müssen stärker als bisher gefördert werden, und zwar nicht nur wegen des kaum mehr bezahlbaren Aufwandes nachträglich kompensierender Umwelt- und Sozialpolitik, sondern auch deswegen, weil Staat und Wirtschaft wichtige soziale Dienste entweder gar nicht oder nicht in der gewünschten Form oder nicht zu allgemein erschwinglichen Preisen anzubieten imstande sind. Autonome Frauenhäuser und Jugendzentren, Selbsthilfegruppen Betroffener, freiwillige Versorgungs- und Pflegedienste und viele andere soziale Leistungen des informellen Sektors müssen in geeigneter Form unterstützt werden, zum Beispiel im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder von zweckgebundenen Zuschüssen. Natürlich sollte diese Förderung nicht dazu dienen, daß sich der Staat aus seiner Verantwortung stiehlt, sondern daß er seinen enger gewordenen Finanzrahmen dazu verwendet, den Umfang der sozialen Dienste auszuweiten. Probleme gibt es ja nun wirklich genug.

6. Umweltbelastung entsteht aber auch schon, bevor der Schadstoff die Fabrikture und -schlote verläßt. Deswegen sind auch Maßnahmen zur Förderung einer „Ökolo-

gie der Arbeit“ notwendig. Verbesserte Mitbestimmungsrechte zum Abbau schädlicher und gefährdender Arbeitsbedingungen sowie Mitbestimmung der Betroffenen in ihrer konkreten Arbeitssituation gehören ebenso dazu wie die Einbringung umweltbezogener Interessen in die Entscheidungsgremien großer Unternehmen, etwa durch Umweltbeauftragte. Man sollte mehr als bisher nutzen, daß die Interessen der Beschäftigten an der Vermeidung gefährlicher Arbeitsstoffe häufig einhergehen mit Konsumentenwünschen nach weniger schädlichen und umweltbelastenden Produkten.

Die hier skizzierten Instrumente eines qualitativen Wachstums beziehen sich vor allem auf die Ebene der einzelnen Volkswirtschaft. Natürlich macht Umweltbelastung nicht an nationalen Grenzen halt; das wird durch den sauren Regen ebenso plastisch verdeutlicht wie durch nuklear verseuchte Wolkenfelder. Deswegen bedarf es internationaler Koordination der Umweltpolitik innerhalb und außerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Die erfolgreich begonnene Praxis bilateraler Absprachen mit Nachbarländern sollte rascher als bisher ausgedehnt werden; das gilt insbesondere im Hinblick auf Frankreich. Daß eine internationale Harmonisierung schwierig sein wird – dies hat schon die Diskussion um Abgasnormen für Kraftfahrzeuge gezeigt –, darf kein Grund dafür sein, auf nationale Maßnahmen zu verzichten oder den notwendigen Prozeß langfristiger internationaler Koordination nicht zügig in Angriff zu nehmen.

Begleitet werden muß die Umorientierung der wirtschaftlichen Strukturen, so schmerzhaft sie sein wird, durch eine Umorientierung unseres Denkens, unserer Erziehung und vor allem unseres Handelns. Nur wenn wir in unserem Denken und Tun die einfache Wahrheit anerkennen, daß

uns die Erde nur zur zeitweisen Nutzung gegeben ist und daß wir sie künftigen Generationen möglichst unversehrt zu übergeben haben, werden wir langfristig zu einer ökologisch orientierten Wirtschaft und damit zu einem wirklich qualitativen Wachstum gelangen. Manchem wird das, was hier vorgeschlagen wurde, zu radikal klingen; anderen wird dies angesichts der drängenden Probleme nicht ausreichend erscheinen. In jedem Falle ist es notwendig, erste Schritte zu einer Umorientierung des Denkens und Handelns einzuleiten, so bescheiden diese ersten Schritte sein mögen. Gegen den Einwand, das hier Vorgeschlagene sei nur ein Tropfen auf einen

heißen Stein, sei mit einem afrikanischen Sprichwort entgegnet: „Der Tropfen auf einen heißen Stein ist der Beginn eines langen Regens.“

Literatur

Binswanger/Frisch/Nutzinger u.a.: Arbeit ohne Umweltzerstörung. Strategien einer neuen Wirtschaftspolitik. Frankfurt a.M. 1983. – *Binswanger/Geißberger/Ginsburg* (Hrsg.): Wege aus der Wohlstandsfalle. Der NAWU-Report: Strategien gegen Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung. Frankfurt a.M. 1979. – *Frisch, H.*: Vom quantitativen zum qualitativen Wirtschaftswachstum. In: *Universitas* 39 (1984), S. 639–650. – *Weinzierl, H.*: Passiert ist gar nichts. Eine deutsche Umweltbilanz. München 1985.